wieder anzutreten, doch stellte sich im Frühjahr dieselbe Krankheit in erhöhtem Grade wieder ein, welcher er nach vielen und mannhaft ertragenen Leiden im besten Mannesalter erlegen ist. Freiherr v. Tautphöus nimmt den Ruf eines liebenswürdigen und pflichtgetreuen Diplomaten mit sich, der überall, und insbesondere am königl. italienischen Hofe, an welchem er zuletzt beglaubigt war, warme Sympathien sich zu erwerben verstand. Frhr. v. Tautphöus war vermählt mit Alice Baronin v. Sonnino und hinterläßt aus der Ehe mit ihr zwei Töchter in jugendlichem Alter. Seine letzte Ruhestätte wird der Verstorbene in Unterwessen finden, wo die zu Marquardstein begüterte Familie eine Familiengruft besitzt.

* Ueber die Fortschritte des Deutschthums in Elsaß-Lothringen stimmt ein Augenzeuge im Pariser „Matin" ein gar bewegliches Klagelied, welches mit dem verständlichen Winke an die Adresse des französischen Chauvinismus schließt, daß, wenn Frankreich nicht binnen jetzt und zehn Jahren eine Anstrengung mache, es bei den Elsaß-Lothringern in Vergessenheit gerathen werde, selbst wenn diese einstweilen auch noch fortfahren sollten, die Deutschen zu verabscheuen. Als die drei Hauptfeinde der französischen Erinnerungen in den Reichslanden bezeichnet der Klageprophet des „Matin" die altdeutsche Einwanderung, die deutsche Sprache und die deutsche Volksschule. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt ein von J. E. Weiß im Feuilleton der „Débats" veröffentlichtes Tagebuch-Bruchstück, welches den Titel führt: „Acht Tage im Elsaß im Jahre 1884."

* * *

* Die österreichische Regierung bestellte, wie seinerzeit gemeldet wurde, bei der Londoner Schiffsbaufirma Armstrong & Mitchell ein Torpedo-Rammschiff, welches den Namen „Panther" erhielt und bald von der englischen Küste in unsere Gewässer dampfen wird. Der „Panther" ist nämlich bereits soweit fertiggestellt worden, daß man der einigen Tagen mit demselben eine Probefahrt bei London unternehmen konnte. Dieselbe lieferte sehr bemerkenswerthe Resultate. Contractlich war die Firma nur dazu verpflichtet, den „Panther" derart zu construiren, daß das Schiff 16 Seemeilen per Stunde zurücklegt; für jede höhere Leistung in dieser Richtung wurde von der österreichischen Regierung eine entsprechende Prämie ausgesetzt. Bei der erwähnten Probefahrt betrug nun die Fahrgeschwindigkeit 17½ Seemeilen per Stunde. Nach dem Ergebnisse dieser ersten Fahrt steht zu erwarten, daß die Schnelligkeit selbst von 19 Seemeilen per Stunde zu erreichen sein wird, welche von Schiffen von dieser Größengattung (1553 Tonnen) noch nie erreicht wurde. Sowohl „Panther" als „Leopard" — letzteres wird ein Schwesterschiff des „Panther" sein und ist bei derselben Firma in London noch im Bau begriffen — werden als Modellschiffe für die Vermehrung dieser Schiffsclasse in der österreichischen Marine dienen. Die Armirung dieser Schiffe wird aus zwei Stück langen 12-Centimeter-Krupp-Kanonen und einer großen Anzahl von Mitrailleusen und Schnellfeuer-Kanonen bestehen.

* Die Finanzen des österreichischen Staates schreiten stetig der Genesung entgegen, die Finanzen der Stadt Wien sind tödtlich krank. „Schon seit Jahren — so schreibt man der „Allgemeinen Zeitung" aus Wien — existirt ein schleichendes Deficit. Nie gestand man es ein. Bisher arbeitete man mit den aufgespeicherten Werthpapieren, einer Summe von zehn Millionen Gulden, darauf los: das ist jetzt zu Ende und man muß uns andere Potemkin'sche Dörfer vorführen. Heute verdeckt man das Deficit mit den Cassenbeständen und mit der Veräußerung der Reste des Gemeindevermögens. Die Ausgaben für das Jahr 1885 sind mit 17½ Millionen präliminirt, die Einnahmen einschließlich aller Zuschläge mit 14 Millionen, es fehlen also 3½ Millionen, aber diese fehlenden 3½ Millionen werden aus den Cassenbeständen (870,000 fl.) und aus dem laufzuschlagenden Vermögen der Stadt (beinahe 2½ Mill. Gulden) beschafft, und so haben wir, deducirt man uns, nirgends kein Deficit. Sei es darum, aber was soll im nächsten Jahre werden, wo in den Cassen kein Geld mehr und wo kein städtisches Vermögen mehr existirt? Sollen wir Geld leihen und damit die schon vorhandene Schuldenlast und mit ihr die Verzinsung noch weiter steigern? Das hilft, bis das Capital verbraucht worden, aber was bleibt, ist die höhere Zinszahlung. Wer soll die höheren Zinsen aufbringen? Der Gemeinderath ist wesentlich aus Hausherren zusammengesetzt; kein Zweifel, daß er abermals, denn damit werden nicht die Hausherren, sondern die Miether getroffen, eine Erhöhung der Zinssteuer decretirt. Aber weiß man, was das heißt? Jetzt zahlen wir 16 Procent Zinskreuzer, d. h. wer beispielsweise für einen Zins von 600 Gulden wohnt — und dafür wohnt man in der inneren Stadt entweder gar nicht oder jämmerlich — zahlt nicht 600, sondern 696, also beinahe 700 fl. Würde man die Zinskreuzer noch weiter erhöhen, so würden wir, um auch nur das gegenwärtige Deficit zu decken (und wer bürgt uns, daß, wenn fortgewirthschaftet wird wie bisher, das nächstjährige nicht noch höher ist?), statt 16 fortan 22 Zinskreuzer, d. h., um bei dem Jahreszins von 600 fl. zu bleiben, statt 696 resp. 696 fl. in Zukunft 732 fl., also 132 fl. mehr als den dem Hausherrn abzuführendem Zins, zu zahlen haben. Und das zu einer Zeit, wo Handel und Wandel tief darnieder liegt. Sollen wir eine Bevölkerung von Insolventen werden, damit die Stadt als grand seigneur weiter lebt?"

* Im December 1880 fand in Warschau in Betreff der Weichselregulirung eine Conferenz der Delegirten Rußlands, Oesterreichs und Preußens statt. Es wurde damals eine vollständige Einigung in allen erörterten technischen Fragen erzielt, obgleich die russische Regierung die Regulirung des nur russisches Gebiet berührenden mittleren Theiles der Weichsel als ein ausschließlich ihrer selbstständigen Verfügung unterliegendes Unternehmen betrachtet. Die neuerdings an der Weichselstrecke auf preußischem und österreichischem Gebiete gemachten Erfahrungen lassen nun ein rascheres Vorgehen mit den Arbeiten nicht nur zulässig, sondern auch im Interesse des Verkehrs wie der wirthschaftlichen Verwendung der Gelder in hohem Grade wünschenswerth erscheinen. Dies hat hauptsächlich den am 30. v. Mts. erfolgten Zusammentritt einer aus österreichischen und preußischen Staatsbeamten gebildeten Commission zur Berathung über Regulirung der Weichsel an der preußisch-österreichischen Landesgrenze veranlaßt.

* Mit Bezug auf die unlängst signalisirte Ausgabe neuer Repetirgewehre an einige französische Jägerbataillone wird jetzt in den Pariser Blättern nach amtlichen Informationen mitgetheilt, daß diese Maßregel nur die, und noch obendrein verspätete, Aufnahme ähnlicher Versuche sei, welche vor zwei Jahren in einigen deutschen Garnisonen angestellt und während der letzten Herbstmanöver wiederholt worden seien. Auch die Bemerkung, daß es sich bei der in Rede stehenden französischen Maßregel keineswegs um eine Entscheidung der Frage, betreffend die Ersetzung der jetzigen Handfeuerwaffe der Infanterie durch das Magazin- oder Repetirgewehr, handle, sondern nur um die Gewinnung von Erfahrungsmaterial zu fortgesetzten Studien der technischen Autoritäten, wird in der behördlichen Notiz, welche jetzt durch die Pariser Presse geht, pure bestätigt.

* Der frühere Kriegsminister im Ministerium Sagasta, General Lopez Dominguez hat, wie wir der „Vossischen Zeitung" entnehmen, seine Auffassung über die Karolinenfrage in einem Briefe an den ehemaligen Secretair des Staatsraths Luiz de Rute eingehend entwickelt, den dieser jetzt veröffentlichen läßt. Herr Lopez Dominguez schreibt:

Mein Freund! Gern möchte ich Ihnen eingehend über die internationale Angelegenheit schreiben, die uns im Augenblicke so sehr beschäftigt; doch bin ich leider in großer Eile; Deutschland, oder besser gesagt, der Kanzler hat sich über den Charakter unseres Volkes getäuscht. Wie auch seine Colonial-Projecte im Stillen Ocean und in Betreff unserer Karolinen beschaffen sein mögen, der Zeitpunct, wo er durch ein Kriegsschiff die deutsche Flagge auf den uns gehörenden Inseln aufhissen ließ, war jedenfalls schlecht gewählt zur Ausführung eines so unerhörten Actes. Man hatte uns auf diplomatischem Wege nicht vorher davon benachrichtigt, denn Herr von Solms erhielt und überga die betreffende Note erst, als das deutsche Schiff bereits mit der Ausführung seines Auftrages beschäftigt war. Eine schwache Nation sieht in einer Zeit, wo sie das Opfer unzähliger Unglücksfälle ist, wo sie nicht allein durch Erderschütterungen, Ueberschwemmungen, Verlust der Ernten und Uebel aller Art zu leiden hat, sondern zuletzt auch noch von einer furchtbaren Epidemie heimgesucht wird; eine schwache Nation sieht ein anderes Volk, das mächtig ist und sich ihren Freund nennt, diesen Zustand der Bedrängniß zur Ausführung der That benutzen, die unsere Aufmerksamkeit jetzt in so hohem Grade in Anspruch nimmt. In diesem schlimmen Lichte erschien die Angelegenheit dem spanischen Volke und rief einen höchst peinlichen Eindruck hervor, da dasselbe bei seiner ritterlichen Gesinnung im Puncte der Ehre auch überaus leicht verletzlich und daher sehr schnell erregbar ist. Dieser Eindruck dürfte sich nicht bald verwischen. Weshalb trat der Kanzler nicht in ernste Unterhandlungen mit Spanien wegen des Schutzes der deutschen Staatsangehörigen auf den Karolinen? Wir hatten auf diesen Inseln niemals Handelsinteressen zu wahren, und dies ist auch jetzt keineswegs der Fall; wir haben dort keine Staatsangehörigen und sie bringen uns Nichts ein; aber unsere Philippinischen Inseln würden durch eine Besitzergreifung der Karolinen gefährdet werden, und wir sind genöthigt, sie dagegen zu schützen. Dennoch konnte Deutschland durch friedliche Verhandlungen, ohne daß unsere Würde darunter gelitten hätte, alle Handelsvortheile erlangen, deren es bedarf, und hätte wahrscheinlich auch einen ihm wünschenswerth erscheinenden Punct in Besitz nehmen können, durch dessen Occupation weder die Ehre, noch die Interessen Spaniens gekränkt worden wären. Jetzt, nach diesem unverantwortlichen Ueberfall, der das patriotische Gefühl an der empfindlichsten Stelle verwundete, wird sich die Angelegenheit nicht ohne Schwierigkeit beilegen lassen. Meiner Meinung nach muß man aber trotz alledem mit Deutschland unterhandeln und nach Kräften einen friedlichen Ausgleich herbeiführen suchen, bei dem zugleich auch die nationale Ehre und Würde gewahrt bleiben. Diese Bedingung ist selbstverständlich unerläßlich; sollte sie nicht erfüllt werden, so müßte man sogar einen beklagenswerthen Krieg nicht scheuen, den wir allerdings unter den ungünstigsten Umständen beginnen würden, besonders wenn die Völker Europas in ihrem Egoismus uns im Kampfe gegen Deutschland allein ließen. Wird aber der Krieg als letztes Mittel zur Rettung der Ehre des Vaterlandes unternommen, dann muß man unter Aufbietung aller Kräfte in den Kampf ziehen, selbst auf die Gefahr hin, trotz aller Opfer einen Gebietstheil zu verlieren. Ein Territorium, das man nach tapferer Gegenwehr einbüßt, geht mit Ehren verloren; wird uns dasselbe aber ungerechter Weise mittelst Ueberfalles und Uebermannung von einer großen Nation entrissen, so dürfen wir dies nicht stillschweigend hinnehmen. Was aber soll ich Ihnen über die innere Politik mit Bezug auf die soeben in aller Kürze behandelte Frage sagen? Das conservative Ministerium, das durch seine Politik und durch das Schicksal zum Unglück unterstützen war, muß, wie die Sachen nun einmal stehen, die nothwendigen diplomatischen Verhandlungen zu Ende führen, doch würde selbst das glücklichste Resultat keine Umstimmung der öffentlichen Meinung zu seinen Gunsten bewirken, und wäre es daher für das allgemeine Wohl und insbesondere für den König höchst nachtheilig, wenn es dann noch länger an der Spitze der öffentlichen Angelegenheiten bleiben wollte. Ein liberales Cabinet dagegen kann mit geringer Schwierigkeit Alles ins rechte Gleis bringen; doch wird auch ein solches harte Arbeit zu bewältigen haben und energisch einschreiten müssen, um die öffentliche Verwaltung zu reorganisiren und mit starker Hand alle Rechte zu schützen, indem es das Volk zur Erfüllung seiner Pflicht zwingt. Ist jedoch der Krieg unvermeidlich, so läuft die Monarchie die größte Gefahr. Welcher Liberale aber wird die traurige Erbschaft der Conservativen antreten wollen? Nur Der kann es unternehmen, den die öffentliche Meinung dazu ausersieht. Und wie wird er das Werk durchführen können? Im Geiste der Beharrlichkeit und der Eintracht, ohne dabei seine Grundsätze und Gesichte zu verleugnen oder den Verpflichtungen untreu zu werden, die er dem Lande gegenüber auf sich genommen hat. Die Gerechtigkeit muß bei der Marine und Armee streng gehandhabt werden, und die Militairgesetze müssen zur Anwendung kommen, was in Bezug auf die Marine besonders wichtig ist, da sie sich bereits in traurigem Zustande befindet und eine Gefahr für das Land werden kann, wenn sie es nicht schon ist. Doch nun genug. Ich breche hier ab und bin Ihr sehr ergebener Freund J. Lopez Dominguez."

General Lopez Dominguez ist Führer des linken Flügels der sogenannten dynastischen Liberalen, die sich als die berufenen Nachfolger des jetzigen Cabinets betrachten. Was das Land von diesen Patrioten zu erwarten hätte, zeigt die schlecht verhüllte Sehnsucht des Generals nach einem Kriege mit Deutschland, den jeder vernünftige als gleichbedeutend mit dem Ruin Spaniens betrachtet. Das in dem Schreiben enthaltene Geständniß, daß Spanien auf den Karolinen niemals Handelsinteressen zu wahren gehabt und auch jetzt solche noch nicht besitze, charakterisirt diese Gattung von Patriotismus ebenso drastisch, wie die Behauptung, daß Deutschland seine Absicht, die Karolinen in Besitz zu nehmen, in Madrid nicht rechtzeitig notificirt habe, noch der amtlichen Feststellung der letzten deutschen Note die Wahrheitsliebe kennzeichnet, mit welcher der ganze officielle Spektakel in Spanien angestiftet worden und bisher unterhalten wird.

* Die politische und wirthschaftliche Entwickelung Persiens hat diesem Lande eine wesentlich größere Beachtung seitens der europäischen Mächte zugewendet, als es vordem der Fall war. Persiens geographische Lage macht es zu einem wichtigen Factor in allen politischen Combinationen, die mit der fortschreitenden Einbeziehung des asiatischen Südwestens in den internationalen Verkehr Hand in Hand gehen. Bekanntlich ist die politische Hauptstadt Persiens, Teheran, denn auch seit Kurzem Sitz einer ständigen deutschen Vertretung geworden. Unzweifelhaft besitzt das Land einen großen Reichthum an materiellen Hilfsquellen, allein dieselben harren noch der Erschließung, wie denn überhaupt die persische Staats- und Volkswirthschaft über das elementarste Anfangsstadium zur Zeit kaum hinausgekommen ist. Soweit aus dem entsprechend unvollkommenen statistischen Material ersichtlich, ist auch der Handelsverkehr Persiens sowohl im Inland als mit dem Ausland ebenso entwickelungsfähig, wie entwickelungsbedürftig. Die Einfuhr hat in den letzten Jahrzehnten allerdings zugenommen, die Ausfuhr aber geht stetig zurück. In persischen Regierungskreisen sucht man den Grund für diese minder erfreuliche Situation in den Handelsverträgen, die vor 65 Jahren zwischen Persien und einigen europäischen Mächten geschlossen wurden und welche keine höhere Zollbelastung der nach Persien eingeführten Waaren gestatten als bis zu 5 Proc. vom Werth. Unter diesen Umständen kann eine selbstständige persische Industrie nicht aufkommen; daher in Persien der Wunsch zum Ausdruck gelangt, daß man eine Revision der alten Handelsverträge anstreben möge, zugleich mit der Hoffnung, es werde, da Persien jetzt zu allen Mächten die freundschaftlichsten Beziehungen hege, ohne allzu große Schwierigkeit gelingen, eine den eigenen Interessen angemessenere Regelung der handelspolitischen Verhältnisse anzubahnen. Das „Journal de St. Pétersbourg" benutzt nun diesen Anlaß und fordert vor allen Dingen eine zeitgemäße Reorganisation der von ihm als mangelhaft bezeichneten persischen Zoll- und Grenzverwaltung. In diesem Falle würden sich die Mächte den Wünschen Persiens nach einer den Grundsätzen der Billigkeit entsprechenden Tarifrevision gewiß nicht ablehnend gegenüberstellen. Man begreift, daß die russische Politik es sich angelegen sein läßt, ihre Interessen an der persischen Grenze nachhaltiger sicherzustellen, als dies jetzt der Fall ist, und daß sie ihrem Ziele auf dem angedeuteten Wege näher zu kommen hofft.

* Die Congo-Regierung hat den Congostaat in vier große Provinzen getheilt, den Unter-Congo unter dem Befehl des Majors Parminter, die Livingstone-Fälle und den Pool unter dem Grafen Pourtales, den Congo zwischen dem Aequator und dem Pool unter dem Lieutenant Massari und den Ober-Congo bis zu den Fällen unter dem Lieutenant Van Gele. — Drei neue Errungenschaften, wie der „Mouv. géogr." weitschweifig berichtet, hat der Congo aufzuweisen — die erste Schule, das erste Hotel, die erste eiserne Brücke. In der Station Lonkunga, am linken Ufer des Congo, etwas stromaufwärts von Süd-Manzanga, die der Agent Jugham besetzigt, hat dessen Frau — die erste weiße Frau am Congo — eine Schule errichtet, mitten in einem Garten gelegen. Da lernen die kleinen Neger das Lesen und Schreiben des „Fiote", der Sprache aller Stämme des Unter-Congo; auch für Erkrankte und Schwache ist ein Hospital errichtet, das unter den Negern in Ansehen steht; sie bringen die erkrankten Kinder dahin; für die Erwachsenen giebt es Medicin unentgeltlich. In Banana, das jetzt der Hauptzielpunct der Congoreisenden ist, hat die „Nieuwe Afrikaansche Handelsgemeetschap" aus Rotterdam an dem Ufer am 200 Meter breiten Strande ein Hotel „Praia des Pescadores" (Strand der Fischer) erbaut. Das Hotel ist jetzt feierlich eingeweiht worden. Ein großes Staunen bei den Eingeborenen hat die erste Brücke über den Lufu gerade vor Isangila erregt. An einem starken Kabel aus Eisendraht, das an den Bäumen der beiden Ufer solide befestigt ist, sind andere Kabel, die eine Zahl Breter tragen, aufgehängt. Die Brücke schwankt beim Hinüberschreiten sehr, ist aber sicher.

* Im äußersten Osten richtet sich England in dem neugewonnenen Stationspuncte Port Hamilton mehr und mehr ein. Man hat den durch seine Lage strategisch wichtigen Platz bereits durch ein unterseeisches Telegraphenkabel mit Shanghai verbunden und hierfür 6 Millionen Mark ausgegeben. Port Hamilton wird für das Japanische und das Gelbe Meer dereinst dieselbe Bedeutung erlangen, wie solche die britischen Stationen von Gibraltar und Malta für das Mittelländische, Aden für das Rothe, Colombo für das Indische, Singapore und Hongkong für das Chinesische Meer bereits seit langer Zeit besitzen.

* Die von privater Seite früher in die Oeffentlichkeit gedrungenen Klagen über Erschlaffung der Mannszucht an Bord der Kriegsschiffe der niederländisch-indischen Marine sind jetzt durch einen Tagesbefehl des commandirenden Admirals in ihrem vollen Umfange bestätigt worden. In demselben wird die Thatsache festgestellt, daß die in der letzten Zeit verhängten Strafen wegen Ungehorsams gegen gegebene Befehle und wegen Insubordination besonders unter dem jüngern Schiffsvolk außerordentlich zahlreich seien; als das beste Mittel, um diesen Geist der Insubordination zu unterdrücken, wird empfohlen, die Schiffsmannschaft keinen Augenblick unbeschäftigt zu lassen, sie dahin zu bringen, daß sie in ihrer dienstfreien Zeit Leibesübungen treibe, solche oder andere Dinge, die bis jetzt auf den meisten Kriegsschiffen in unentschuldbarer Weise seitens der Commandanten vernachlässigt worden seien.

Graf Kalnoky und die Balkanfrage.

* Man schreibt uns aus Wien:

Im Hinblicke auf den noch keineswegs geklärten Stand der Dinge in den Balkanländern, der sich durch die jüngsten Ereignisse in Bulgarien und Ostrumelien ergeben, hat man im Ausschusse der ungarischen Delegation den Erklärungen des Grafen Kalnoky über die Haltung Oesterreich-Ungarns und seine auswärtigen Beziehungen mit großer Spannung entgegengesehen.

Diese letztere ist um so erklärlicher, wenn man weiß, daß gerade die Magyaren in eine hochgradige nervöse Aufregung gerathen, sobald sich im slawischen Südosten Europas irgend ein gewichtiges Ereigniß vollzieht, das mit der magyarischen Staatsidee und ihrer angeblichen Zukunft nicht in Einklang zu bringen ist. Der Magyarismus war seit jeher ein erklärter Gegner der Befreiung der Balkanchristen und der Wiederherstellung ihres nationalen Staatswesens, weil er dadurch, allerdings nicht mit Unrecht, die Zukunft Ungarns bedroht fühlte, welches Kaiser Nikolaus schon im Jahre 1849 sehr zutreffend ein in Europa aufgeschlagenes „asiatisches Lager" (camp asiatique) nannte, das nicht mehr von langer Dauer sein könne. Mit einem Worte, ginge es nach dem Wunsche des Magyarismus, so würde noch heute der türkische Halbmond im rothen Felde in Belgrad, Bukarest und Sofia wehen, und Serben, Rumänen und Bulgaren müßten der magyarischen Zukunftsutopie zu Liebe für ewig der türkischen Herrschaft unterworfen bleiben. Glücklicherweise ist es aber durchaus nicht nach dem Wunsche des Magyarismus gegangen, und gerade diese Enttäuschung versetzt ihn schon seit vielen Jahren in eine gewaltige Angst und Aufregung, die gerade gegenwärtig wieder sehr bemerklich zu Tage treten.

Was nun die im Ausschusse der ungarischen Delegation vom Grafen Kalnoky abgegebenen Erklärungen über die auswärtigen Beziehungen Oesterreich-Ungarns und den Stand der Balkanfrage betrifft, so glauben wir behaupten zu dürfen, daß ein österreichischer Minister des Auswärtigen schon lange nicht so offen und zutreffend gesprochen, wie es Graf Kalnoky diesmal gethan hat. Diese Auffassung herrscht auch in Petersburg, wo das erklärte Organ des russischen Auswärtigen Amtes, das „Journal de St. Pétersbourg", mit der anerkennenden Bemerkung nicht zurückhalten konnte, daß die ganze Form und Richtigkeit der Erklärungen des österreichischen Ministers des Auswärtigen Amtes alle politischen Kreise Rußlands nur sehr angenehm überrascht habe.

Der Wortlaut der Rede des Grafen Kalnoky ist bekannt, allein manche Puncte derselben scheinen für die gegenwärtige politische Lage Europas so bedeutsam, daß ihre nähere Würdigung sich wohl empfehlen dürfte. Die Erklärungen des österreichischen Ministers beginnen vor Allem mit der bestimmten Versicherung, daß hinsichtlich der Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Deutschland und der Haltung dieser beiden Mächte zu Rußland keinerlei Veränderung eingetreten sei. Was speciell Rußland betreffe, bemerkte Graf Kalnoky weiter, so beständen zwischen diesem und Oesterreich-Ungarn nur die allgemeinen internationalen Verträge, während ein besonderer Vertrag nicht vorliege. Diese Versicherung kehrte sich offenbar gegen die Gerüchte, welche gelegentlich der Zusammenkunft des Kaisers Franz Joseph mit dem Kaiser Alexander III. in Kremsier durch die europäische Presse gingen und um so mehr Glauben fanden, weil dort beide Monarchen von ihren auswärtigen Ministern begleitet waren.

Nach dieser Erklärung wandte sich Graf Kalnoky zu der heiklen Balkanfrage. Er glaubte betonen zu müssen, daß eine Anerkennung des gegenwärtigen Standes der Dinge in Ostrumelien noch von keiner Seite erfolgt sei und auch kaum erfolgen dürfte. Jedenfalls sei aber die bulgarische Angelegenheit eine noch ungelöste, weshalb andere Balkanstaaten nicht das Recht beßßen, eine weitere Gebietsvergrößerung zu verlangen. Eine Erklärung über die Conferenz, die Conferenz-Vorschläge und die Haltung der Mächte lehnte Graf Kalnoky im Staatsinteresse ab, was immerhin bemerkenswerth genug scheint und mancherlei Deutungen nicht ausschließen dürfte.

Besonders überraschend, aber gleichzeitig auch unterrichtend lauteten die Erklärungen des Ministers über das Verhältniß Oesterreich-Ungarns zu Serbien. Erstere, heißt es da, befinde sich zu Serbien in der Stellung eines Freundes und wohlwollenden Nachbars, der unter Umständen auch gute Rathschläge ertheile. Wollte aber der Minister auf die Frage, ob Oesterreich-Ungarn die Interessen Serbiens unter allen Umständen schützen wolle, bejahend antworten, so hieße dies einen Freibrief für alle möglichen Unternehmungen ausstellen und Oesterreich-Ungarn geradezu von der Politik Serbiens abhängig machen. Wir glauben nicht, daß diese Stelle der Rede in den Belgrader Hofkreisen besonderen Beifall finden konnte.

Noch aufklärender wirkt aber die Rede des Grafen Kalnoky über einen anderen, die innere Lage Serbiens betreffenden Punct. Es wurde schon wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Lage keineswegs so befriedigend ist, wie sie von den officiösen Belgrader und Wiener Nachrichten geschildert wird. Wir wissen vielmehr ganz zuverlässig, daß es in Serbien, besonders im Inneren des Landes, eine große Partei giebt, welche dem König Milan, seiner Regierungsweise und seinem bisherigen Anschluß an Oesterreich-Ungarn durchaus nicht freundlich gesinnt ist. Graf Kalnoky gesteht diese Thatsache im Widerspruche zu den officiösen Belgrader und Wiener Berichten zu, was jedenfalls auch als ziemlich überraschend bezeichnet werden kann. „Unser Verhältniß zu Serbien", sagt da Graf Kalnoky, „gestaltet sich derart, daß Hoffnung vorhanden ist, es werden auch die größeren Schichten des serbischen Volkes, wo unsere Absichten noch vielfach verkannt werden, demselben zustimmen."

Auch diese Stelle der Rede dürfte die Belgrader Regierungskreise kaum besonders angenehm berührt haben, weil man sich ja dort schon seit langer Zeit alle erdenkliche Mühe giebt, die inneren Verhältnisse des Landes und die Stimmung des serbischen Volkes dem Auslande im rosigsten Lichte darzustellen.

Man sieht also, die Erklärungen des Grafen Kalnoky geben gerade bezüglich der Balkanfrage Mancherlei zu denken. Trotzdem kann man aber immerhin wiederholen, daß ein österreichischer Minister des Auswärtigen Amtes noch selten so offen und zutreffend gesprochen hat, wie diesmal Graf Kalnoky.

Nachklänge vom Gustav-Adolf-Fest.

†† Eisenach, 2. November. In Folge des finanziell günstigen Abschlusses des hier im September gefeierten Gustav-Adolf-Festes konnten von dem Ueberschusse 1000 Mark an die evangelische Schule in Rom (Ponte Angelo) als besondere Liebesgabe Eisenachs abgesendet werden. Hierauf sind an den Vorsitzenden des Gustav-Adolf-Vereins, Archidiakonus Kieser, zwei Dankschreiben von dem Geistlichen und Schulinspector und von dem deutschen Botschaftsprediger in Rom eingegangen. Das erste, datirt: „Rom, 27. Octbr. 1885", ist in italienischer Sprache abgefaßt und lautet in der Uebersetzung:

„Ich Unterzeichneter erkläre hiermit als Inspector der Evangelischen Elementarschulen bei der Engelsbrücke in Rom, welche zum Missionswerke der freien christlichen Kirche gehören, durch Herrn Pastor K. Könecke die Summe von 1000 Mark für genannte Schulen erhalten zu haben, eine Summe, die als besondere Liebesgabe in Erinnerung an die Hauptversammlung des wohlverdienten Gustav-Adolf-Vereins vom Eisenacher Verein gestiftet und durch Brief vom 16. October d. J. uns übersendet wurde. Ich kann diese Summe nicht in Empfang nehmen, ohne den edelmüthigen Christen meinen allerniedergeschlagensten Dank zu sagen, daß sie solche Theilnahme an der religiösen und sittlichen Wiedergeburt unserer Stadt, dem Sitze des Papstthums, beweisen. Ich muß Ihnen aufs Herzlichste danken im Namen des Evangelisationscomités der freien christlichen Kirche, sowie im Namen der Kinder, welche in unserer Schule Unterricht erhalten. Als Italiener danke ich aber auch im Namen Italiens, welches durch die edelmüthigen Anstrengungen Derer, die uns auf der Bahn der Reformation vorausgingen, sich von dem Aberglauben und Irrthum, die es erniedrigen, wieder wird erheben können.

Bekenne mich nochmals, 1000 ℳ erhalten zu haben.

Ludwig Conti,
Geistlicher der Gemeinde und Schulinspector."

Das zweite, vom 28. October mit dem Titel „Evangelisches Pfarramt der kaiserl. deutschen Botschaft in Rom" datirte Schreiben lautet:

„Sehr geehrte Herren und liebe Brüder! Sie können sich nicht denken, welche persönliche Freude und Ueberraschung Sie mir, der ich dem schönen Feste in Eisenach von Anfang bis Ende beiwohnen und seine Segensströme in das durstige Diasporaherz rauschen lassen durfte, durch Uebersendung der besonderen Eisenacher Liebesgabe in der statistischen Höhe von 1000 ℳ bereitet haben. So ein Nachglockenton vom Feste, der über die Alpen bis zum Tiber reicht (ganz wörtlich zu nehmen, da die bedachten Elementarschulen dicht an der Brücke liegen), hat einen herrlichen Klang. Ich habe den italienischen Brüdern, die Sie mit der Liebesgabe bedacht haben, bei der Einhändigung derselben auch den Wunsch verdollmetscht, mit dem Sie Ihre namhafte Gabe begleiteten. Ich meine, der Wunsch ist schon theilweise erfüllt; denn daß die Gaben der lieben Glaubensgenossen in Rom zur Stärkung ihres evangelischen Bewußtseins und ihrer evangelischen Freiheit gereichte, davon konnte ich mich durch Augenschein überzeugen. Die zweite Hälfte des Wunsches aber, daß die Gabe eine reiche Nachfolge zum Schutze des Evangeliums erwecken möge und die Schule unter Gottes Segen wachse und gedeihe, wird, so der Herr will, der mit uns ist, auch in Erfüllung gehen.

Trotzdem nicht weniger als fünf katholische Elementarschulen in der Nähe der protestantischen Schule bei der Engelsbrücke mit Geldern des Papstes gegründet wurden und nach Aufsage des Herrn Conti Glieder der „Gesellschaft für katholische Interessen" an dem Eingang der Schule Posto faßten, um die eintretenden Kinder zu notiren, und die Eltern theils durch Geschenke (Brod und Fleischkarten, freie Arzenei, sogar Betten), theils durch Drohungen (große Excommunication!) zu bewegen, die Kinder aus der Schule zu nehmen, wo „Unsittlichkeiten" und „Ketzereien" gelehrt werden, zählt die evangelische Elementarschule doch 66 Knaben und 78 Mädchen, also 144 Schüler, die im Juli dieses Jahres vor einem königl. Schulinspector ein gutes Examen ablegten.

Mit herzlichem Gruß an die Glieder des Vorstandes wie alle Glieder Ihres Vereins, sowie dem Wunsch, daß der Herr Sie und Ihre Arbeit reichlich segnen wolle

Ihr
K. Könecke,
kaiserl. Botschaftsprediger.

Königliches Schwurgericht.

XII. Sitzung.

* Leipzig, 4. November. Der Schwurgerichtshof bestand aus den Herren Präsident Landgerichts-Director Busch, Landgerichts-Räthen Weisch und Dr. Wilke; die Anklage führte Herr Staatsanwalt Meißner, die Vertheidigung Herr Rechtsanwalt Dr. Hähter. Als Geschworene fungirten die Herren Köhler-Leipzig, Ehrenhardt-Mutzschen, Schoarschmidt-Reichber, Dr. Gericke-Lindenau, Mothes-Stötteritz, Neumeister-Fuchshain, Kittel-Frohburg, Kitzsche-Böttewitz, Beulshausen-Leipzig, Schubert-Connewitz, Popischke-Wurzen und von Bressendorf-Leipzig.

Auf der Anklagebank nahm der Scherenschleifer Karl Friedrich Sondermann aus Bollmarsdorf wegen Meineids Platz. Gegen Ende November des Jahres 1883 hatte der Gutsbesitzer Petsch in Trebelshain beim Amtsgericht Wurzen eine Schadensklage nach Höhe von 10 ℳ gegen den Scherenschleifer Richter in Trebelshain erhoben und diesen Klagenanspruch damit begründet, daß, als er am 13. November 1883 in seinem Gehöfte zu Trebelshain durch den Fleischer Ebert aus Kühren ein Schwein schlachten lassen und ein Theil des Fleisches im Hofe aufgehangen gewesen, der Hund Richter's das Fleisch gestreift habe.

In dieser Klagesache wurde der damals bei Richter beschäftigte Scherenschleifer Sondermann vom Beklagten als Zeuge benannt und vom Amtsgericht Wurzen auch vernommen. Hierbei sagte nun Sondermann eidlich aus, er habe des Richter'schen Hund am fraglichen Tage, wo er das Fleisch gestreift haben soll, in der Scheune gefüttert und dann die letztere wieder verriegelt, auch am Abende desselben Tages den Hund darin noch vorgefunden und abermals gefüttert. Trotz dieses dem Beklagten günstigen Zeugnisses erfolgte die Verurtheilung desselben; dieses Urtheil wurde indessen durch Berufung angefochten und auf Requisition der Berufungsinstanz Sondermann nochmals als Zeuge vernommen, wobei er sich jedoch ganz in derselben Weise wie bei seiner früheren Vernehmung aussprach und nur noch zur Bekräftigung hinzufügte, er habe, nachdem er den Hund gefüttert und die Scheune verriegelt, noch eine Weile vor der Thür derselben gewartet.

Dieses eidliche Zeugniß hatte jedoch Sondermann wissentlich wider die Wahrheit erstattet und somit einen Meineid geleistet, dessen er auch geständig war. Er wiederholte dieses Geständniß auch in der Hauptverhandlung, indem er anführte, zu Gunsten Richter's so ausgesagt zu haben, weil er bei demselben Arbeit gehabt; als ihn dieser aber nochmals geschlagen und sich mit ihm gezankt, ihm auch 1 ℳ 25 ₰ am Lohn abgezogen habe, sei er ärgerlich geworden und zu Petsch gelaufen, diesem gesagt, daß er falsch ausgesagt habe, er, Petsch, solle es nur angeben. Auch zur verehel. Petsch hatte Sondermann sich am Tage nach dem Vorfall im Geschäft Petsch' dahin ausgesprochen, „sie solle nur nicht böse sein, daß der Richter'sche Hund den Schaden angerichtet habe; er, Sondermann, könne nichts dafür." Diese Aeußerung war dem Angeklagten bei der Beitragung der dem Amtsgerichte Wurzen vorgehalten worden, er hatte sie aber damals entschieden bestritten; in der Hauptverhandlung gestand er dieselbe jedoch als richtig ein. (Beiläufig möge noch bemerkt sein, daß ursprünglich das Strafverfahren auch gegen Richter wegen Anstiftung zum Meineid eingeleitet worden war; derselbe ist jedoch wegen ungenügenden Beweismaterials wieder außer Verfolgung gesetzt worden.)

Gemäß dem Wahrspruche der Geschworenen wurde Sondermann wegen Meineids zu 2 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Verlust der Ehrenrechte und dauernder Ehrenunfähigkeit verurtheilt.

XIII. und letzte Sitzung.

Vor Eintritt in die heutige letzte Sitzung richtete der Herr Präsident eine kurze Ansprache an die Herren Geschworenen, in welcher er denselben sowohl im Namen des Gerichtshofs, als auch noch persönlich für die pflichttreue und unermüdliche Ausdauer, mit welcher sie ihres Amtes gewaltet, dankte und diesen Dank insbesondere auch den Herren Obmännern abstattete, die Uebergangs dabei aussprechend, daß die gestellten Aufgaben durch die gemeinschaftliche richterliche Thätigkeit entsprechend den Zwecken der Straf[illegible]